

m|i|u%mжuиm

Die Aufgabe der heutigen Polizei besteht nicht nur darin, das Leben und Eigentum aller Bürger und der Demokratie zu schützen, sondern vor allem auch darin, ein richtiges Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung herzustellen. Ohne Gewinnung des Vertrauens der Bevölkerung kann die Polizei ihre Aufgaben nicht erfolgreich lösen. Bis zum Mai 1945 war die Polizei formell auch zuständig für die Sicherung des Lebens und des Eigentums aller Bürger, aber in erster Linie sorgte sie für die Erhaltung der Ordnung der Besitzenden, der herrschenden Klasse. Da nun diese „Ordnung“ im schroffen Gegensatz zum Rechtsempfinden des großen Teiles des Volkes stand, ergaben sich zwischen beiden Teilen scharfe Gegensätze. Die Polizei schützte hauptsächlich das Leben und Eigentum der Besitzenden, der herrschenden Klasse, und sorgte dafür, daß deren „Ordnung“ nicht gestört wurde. Ein Vertrauensverhältnis konnte und durfte daher zwischen Polizei und Bevölkerung nicht bestehen. Allein die Anfänge eines solchen Verhältnisses bedeuteten schon daß die „Ordnung“ in Gefahr geriet, gestört zu werden.

Die neue demokratische Polizei ist eine Polizei aus dem Volke für das Volk. Daraus ergibt sich die Verpflichtung, daß dieses Verhältnis gefestigt und vertieft wird. Jedoch nicht immer wird dieses so entscheidende demokratische Prinzip „alles für das Volk, alles durch das Volk“ eingehalten, obzwar es der Gradmesser der demokratischen Entwicklung ist. Die neue Polizei übernahm ohne Zweifel nach der totalen Niederlage und einem völligen Zusammenbruch keine leichte Aufgabe. Die Moral und die Rechtsauffassung waren besonders tief gesunken. Jedoch eine solche Lage fordert von einer demokratischen Polizei, sich um so fester auf das Volk zu stützen. Ein gewisser Teil leitender Polizeiangehöriger hat diesen Grundsatz nicht begriffen und will es anscheinend nicht begreifen.

Hier einige Beispiele aus der Praxis: Ein Inspektionsleiter, Berlin-Neukölln, verletzt auf das gröblichste dieses Prinzip. Statt sich auf seine polizeilichen Befugnisse zu beschränken, mischt er sich in die Angelegenheiten der

politischen Parteien und läßt politische Losungen wie „Für die Einheit der Arbeiterklasse“ und ähnliche entfernen. Er ist ein Gegner der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung der Polizeiangehörigen seines Inspektionsbereiches, sogar außerhalb des Dienstes. Er übernimmt die alten schlechten Traditionen der früheren Polizei und ist ein Feind der demokratischen Entwicklung — Ein Kreispolizeichef, Neuruppin, betrachtet sich als Chef, dem keiner etwas zu sagen hat. Er setzt sich über Anordnungen der Selbstverwaltungsorgane hinweg und regiert wie ein absoluter Herrscher, droht und terrorisiert die Bevölkerung und bereichert sich persönlich. Er bringt dadurch die Polizei in Gegensatz zum Volke. Er ist ein Feind der Demokratie. Es gibt auch Polizeileiter, die unberechtigte Beschlagnahmen durchführen und überspitzte Verfügungen erlassen. Statt den Kontakt mit der Bevölkerung zu erhalten, entfernen sie sich vom Volke. — In einem anderen Falle ließ ein Polizeichef in seinem Gebiet den Sammlern alle Blaubeeren abnehmen, statt die Betroffenen aufzufordern, den erforderlichen Beerensammelschein beim Forstamt nachzuholen. Statt zu beweisen, daß die Polizei zwar gesetzlich korrekt ist, aber den notwendigen gesunden Menschenverstand besitzt, bringt dieser Chef durch sein Verhalten die Bevölkerung gegen die Polizei auf.

Wenn auch diese negativen Beispiele vereinzelt sind, so haben sie doch eine gewisse allgemeine Bedeutung. Sie verpflichten, solche Mängel zu beheben, die gute Arbeit zu verstärken und sorgsam darauf zu achten, daß von seiten der neuen Polizei das Verhältnis Polizei und Bevölkerung nicht getrübt oder verletzt wird.

Aber auch unter der Bevölkerung gibt es Leute, die noch nicht die Bedeutung der Losung „Alles für das Volk, alles durch das Volk“ verstehen und noch keine richtige Einstellung zur Polizei haben. Die neue demokratische Polizei, die aus dem Volke kommt, ist natürlich dazu da, die Einhaltung der Gesetze, Anordnungen und Erlasse der demokratischen Selbstverwaltungen und die der Besatzungsbehörden zu überwachen. Diese Gesetze und Ver-

Qeu. Qrotewokl zum U)aklp(*ü\$ramm der S&b

„Auch unser Wahlprogramm ist nicht nur das Programm einer Partei, sondern das Programm eines im schwersten Existenzkampf stehenden Volkes. Wir sind keine bfofy Arbeiterpartei, sondern eine Partei des Volkes und aller Werktätigen. Nur so Ssfes möglich, eine Volksbewegung auf breitester Grundlage hervorzurufen. Der Erfolg dieser Arbeit hängt nicht von biogen Reden und Beschlüssen ab, sondern vom Willen des einzelnen, sich einzuspannen in das grotye Werk des Aufbaues. Unsere Parole lautet:
**Durch das Volk — mit dem Volk — für das Volk! Auf dieser Linie entwickeln wir un
zum Wahikampf.**“